

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm's, Berlin O 27, Andreasstr. 61 III, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Eine neue Goldgrube der deutschen Textilindustrie. — Wofür kämpfen wir? — Der Einfluss Rumäniens auf die Schmiermittelversorgung. — Verwesenes und neues Wesen in den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Nachrichten aus dem Textilwarenhandel. — Von der Kriegsfürsorge. — Zum Hilfsdienst. — Zur Erwerbslosenfürsorge. — Aus Unternehmerkreisen. — Soziale Rundschau. — Zur Lebensmittelversorgung. — Volksversicherung. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Verbandsanzeigen.

Eine neue Goldgrube der deutschen Textilindustrie.

Der Krieg entwickelt sich immer mehr zum Erwecker unbegrenzter Möglichkeiten. In wenigen Monaten ist in der Textilindustrie eine Umwandlung vorgenommen worden, mit einem Ergebnis, welches, wenn es überhaupt jemals zustande gebracht worden wäre, ohne den Krieg wahrscheinlich mehrere Menschenalter nötig gehabt haben würde, um zu seinem heutigen Umfange zu kommen. Es handelt sich um die Papiergarnindustrie, die in sehr kurzer Zeit eine ungeahnte Entwicklung genommen hat, sowohl hinsichtlich ihres Umfangs wie ihrer Gewinnmöglichkeiten. In einer Kommission des Reichstags tat vor einigen Wochen ein bürgerlicher Abgeordneter mit Bezug auf die Gewinnmöglichkeiten der Papiergarnindustrie den Auspruch: „Man spricht im Volke von geradezu märchenhaften Gewinnen, die gemacht würden.“ Wir erheben es ja auch aus der Entwicklung des ganzen Geschäftsgeschehens, daß in den Kreisen der Papiergarnrösse „nehmen“ groß geschrieben wird. Die Papiergarnpreise sind in wenigen Monaten um über 100 Proz. in die Höhe gejagt worden, und sie würden bald um weitere 100 Proz. hinaufgejagt worden sein, hätte nicht die Regierung Höchstpreise festgesetzt. Ja, „nehmen“ wird bei den Papiergarnrössen groß geschrieben! Herr Claviez in Adorf, der nun die Herstellung von Papiergarnen und -geweben als Spezialität betreiben läßt, hat dadurch seinen Betrieb mit einem Ruck in die Reihe der glänzend rentierenden Betriebe gerückt. In den vorhergehenden 4 Jahren zahlte die Gesellschaft 5, 0, 0, 10 Proz. Dividende. Jetzt aber zeigt sich ein ganz anderes Bild. Im Juli 1916 wurde das Betriebskapital von 960 000 auf 2 Millionen Mark erhöht. Nun ist die Gesellschaft in der Lage, auf die 960 000 Mk. alter Aktien 30 Proz. und auf die 1 040 000 Mk. neuer Aktien, die doch nur ein halbes Jahr im Geschäft stecken, 15 Proz. Dividende zu zahlen. Ein genauerer Bericht liegt uns noch nicht vor, aber die Dividendenziffer sagt wohl zur Genüge, daß jener bürgerliche Abgeordnete nicht Unrecht hatte, wenn er sagte, man spreche im Volke von geradezu märchenhaften Gewinnen.

Leider muß man das Gegenteil sagen von den Löhnen der Arbeiter in den Papierstoffweberien. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter konnte in jener Reichstagskommission Belege über geradezu skandalös geringe Löhne der Papierstoffweber vorbringen. Er überreichte der Regierung eine Liste, in der nicht weniger als 37 Ortschaften verzeichnet waren, die den Papierstoffwebern aus dem Fonds der Erwerbslosenfürsorge Zuschüsse zum Lohn geben müssen, sonst könnten diese Menschen unmöglich leben. Es sei hier nur erinnert an die Verhandlungen im Rathaus zu Landeshut, die vor kurzem stattfanden und in denen bekanntgegeben wurde, daß bis dahin für 50 Meter Papierstoff sage und schreibe 90 Pf. Weblohn gezahlt worden sind; also noch nicht einmal 2 Pf. für den Meter. Jetzt zahlt man dort wohl 22 Pf. pro Meter. Auch noch ein Hungerlohn, der zu den Märchengewinnen paßt wie die Faust aufs Auge.

Bei jener Verhandlung in Landeshut war auch ein Offizier vom stellvertretenden Generalkommando des 5. Armeekorps anwesend, von dem es in dem Bericht hieß, er habe ein Eingreifen des Generalkommandos in Aussicht gestellt, wenn es zur Störung der Produktion komme. Wir können von hier aus nicht beurteilen, was unter diesem Eingreifen des Generalkommandos verstanden werden sollte. Wir nehmen an, daß damit gesagt sein sollte, es müsse den Arbeitern ein Lohn gezahlt werden, der es diesen ermöglicht, bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen die Kräfte vollständig zu erhalten, die sie bei der Arbeit ausgeben. Das wäre unserer Ansicht nach das Einzige, was dem stellvertretenden Generalkommando des 5. Armeekorps Veranlassung geben könnte zum Einschreiten, um eine Störung der Produktion zu verhindern. Wir wissen auch, daß die Seeresverwaltung verlangt, den Arbeitern für die Aufträge der Seeresverwaltung einen ausreichenden Lohn zu zahlen, und wir wissen, daß sie den Unternehmern die Aufträge entzieht, die ihre Arbeiter schlecht bezahlen. Aber nicht immer wird der Seeresverwaltung bekannt, wo schlechte Löhne gezahlt werden, und nicht immer findet die Seeresverwaltung oder das in ihren Diensten stehende Be-

schaffungsamt für die von ihr verlangte Garantie ausreichender Löhne eine ungewöhnliche Formel. Es sind jetzt, wohl als Folge der Verhandlungen in der Reichstagskommission, die großen Eindruck hinterließen, neue Lieferungsbedingungen des Bekleidungsbeschaffungsamts festgesetzt worden. Darin heißt es in bezug auf die Löhne: „Voraussetzung für die Erteilung und Aufrechterhaltung von Aufträgen ist, daß der Auftraggeber seinen Arbeitern oder Angestellten Lohnsätze gewährt, die unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters oder Angestellten nach der ortsüblichen Entlohnung der in Frage kommenden Arbeitergruppen bemessen werden.“

Das Bestreben der Seeresverwaltung, den Arbeitern ausreichende Löhne zu sichern, ist natürlich sehr anerkanntswürdig; aber nicht für alle Fälle bietet diese von der Seeresverwaltung gewählte Formel die Garantie, daß der gewollte Zweck erreicht wird. Die Lohnsätze, die das Bekleidungsbeschaffungsamt zur Voraussetzung der Auftragserteilung macht, sollen „nach der ortsüblichen Entlohnung der in Betracht kommenden Arbeitergruppen bemessen werden“. Die Lohnsätze der Papiergarnweber werden sich demnach nur in den Orten an die Lohnsätze „der in Betracht kommenden Arbeitergruppen“ anpassen lassen, wo noch andere Webereien vorhanden sind, die solche in Betracht kommende Arbeitergruppen, also Weber, beschäftigen. Wenn z. B. die Firma Feustel u. Co. in Greiz ihren vorjährigen Bericht an das Landratsamt gemäß die Papierweber mit 6 Mk. für 5 Tage Arbeit abgeben wollte, so würde man ihr sagen können, für die Papiergarnweberarbeit, die von der Seeresverwaltung in Auftrag gegeben wurde, ist der Lohnsatz zu zahlen, der für die Weber hier in Greiz ortsüblich ist. Dasselbe könnte man in Gera und überall dort tun, wo neben der Papiergarnweberei noch andere Weberei im Betrieb ist. Was aber soll dort geschehen, wo nur Papiergarnweberei am Orte ist? Da kann der Unternehmer so geringe Löhne wie nur möglich zahlen; die Möglichkeit besteht für ihn so lange, wie er Arbeitskräfte zu diesen geringen Löhnen bekommt. Das ist doch aber ungerecht! Es ist ungerecht gegenüber den Unternehmern, die mit ihrem Betriebe nicht im Orte isoliert liegen und es ist auch ungerecht gegenüber den Arbeitern, die der Zufall zwingt, in einem Orte zu arbeiten, in dem keine anderen Webereibetriebe liegen. Hieraus schon ersehen die Seeresverwaltung, daß ihre Formel von der „ortsüblichen Entlohnung der in Frage kommenden Arbeitergruppen“ nicht geeignet ist, den Arbeitern Löhne zu garantieren, die ausreichen, unter den heutigen teuren Lebensverhältnissen ein Leben zu führen, bei dem die Kräfte erneuert werden, welche die Arbeit verbraucht. Dabei handelt es sich natürlich nicht nur um eine individuelle, sondern um eine gesellschaftliche Erneuerung der Kräfte, d. h. auch um die Möglichkeit, eine Familie mit Kindern zu ernähren.

Wir sind keinen Augenblick im Zweifel, daß die Löhne, die z. B. in der Papiergarnfabrik von Claviez in Adorf gezahlt werden, bei weitem nicht ausreichen, um das soeben skizzierte gesellschaftliche Erfordernis zu ermöglichen. Dasselbe ist zu sagen hinsichtlich des geringen Verdienstes in den Papiergarnfabriken der 37 Orte, die bis vor kurzem noch Erwerbslosenunterstützung zahlten und wahrscheinlich heute noch zahlen als Zuschuß zu dem Lohn der Papiergarnweber.

Man vergegenwärtige sich doch nur einmal einen Augenblick den ungeheuren Kontrast zwischen dem Kapitalgewinn und den Weblöhnen in der Papiergarnindustrie: Kapitalgewinne märchenhaft, Weblöhne jämmerlich. 30 Proz. Dividende, 37 Orte mit Papierweblöhnen, wo die Weber verhungern müßten, wenn nicht Reich, Staat und Gemeinden einspringen würden mit Zuschüssen aus der Erwerbslosenfürsorge.

Dreißig Prozent Dividende bei Claviez! Eine unerhörte hohe Kapitalrente in dieser trostlosen Zeit des Sammers und der Not. Und trotzdem: Wir glauben, andere haben noch höhere Gewinne eingestrichen. Wieviele Märker werden wohl die beiden Hauptmatadore in der Gründungsära der Papiergarnindustrie, die Herren Wilh. Hartmann und J. Blumenstein in Berlin haben einstecken können? Hier ist ungeheuer viel Geld zusammengerafft worden. Und noch heute wird ungeheures Geld zusammengerafft, zusammengerafft von einer ganz kleinen Zahl von Personen. Und viele Zehntausende von Papiergarnwebern stehen vor Hunger quiekend an den Papierwebstühlen, weil sie schändlich geringe Löhne bekommen.

Sie muß die Seeresverwaltung einschreiten! Sie ist die Hauptauftraggeberin der Papiergarnindustrie, sie muß verlangen, daß die Unternehmer Löhne zahlen, die zeitgemäßes Leben ermöglichen. Wo Stundenlohn gezahlt wird, muß er

mindestens 60 bis 70 Pf. betragen, und wo Akkordarbeit zu leisten ist, da muß der Lohn so bemessen werden, daß mindestens 60 bis 70 Pf. pro Stunde verdient werden. Dann wird der Skandal aufhören, daß Arbeiter, welche die ganze Woche arbeiten, aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müssen, während die Unternehmer, für die die Arbeiter schuften, märchenhafte Gewinne einfacken. Ja, eigentlich muß die Reichsregierung einschreiten, denn es ist mehr wie wahrscheinlich, daß das Reich für einen Teil der Seeresaufträge zweimal bezahlt; einmal in dem Betrage der Beschaffungsämter an die Unternehmer und das andere Mal in dem Betrage der Erwerbslosenfürsorge an die so gering bezahlten Arbeiter. Der Regierung ist von diesen Dingen Kenntnis gegeben worden. Die Arbeiterschaft der Papiergarnindustrie wird sich auch um das Reich ein Verdienst erwerben, wenn sie dem Skandal der Schundlöhne und Riesengewinne ein Ende macht.

Wofür kämpfen wir?

Wir kämpfen in diesem Krieg für die Erhaltung der deutschen Einheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit, für die Erhaltung jener unserer staatlichen Eigenschaften, die allein unseren politischen und wirtschaftlichen Fortbestand sichern. Von unserer staatlichen Selbständigkeit — unter Wahrung ihrer bisherigen Einheit — wird es abhängen, ob wir in der Welt weiter als politischer Faktor gelten, und davon wieder wird es abhängig sein, ob wir wirtschaftlich gut oder schlecht, günstig oder ungünstig dastehen werden, d. h. ob man unsere Warenzufuhr zu gewissen Ländergebieten zulassen wird oder nicht.

Je mehr Waren wir über unseren eigenen Bedarf hinaus ausführen können, um so besser wird es für uns sein. Zunächst für unsere Industrie. Je besser sich aber die Industrie stellt, um so besser wird es auch für die Bevölkerung sein, die von der Industrie zehren, besonders für die Landwirtschaft, deren Erzeugnisse von den in der Industrie Beschäftigten um so mehr begehrt werden, je größere Ausgaben der Industriearbeiter erlauben kann. Direkt ernährt zwar die Landwirtschaft die Industrie, doch indirekt erhält auch die Industrie die Landwirtschaft; wenigstens hebt sie mit ihrem eigenen Wohlstande auch den der Landwirtschaft, der erst dann besonders in die äußere Erscheinung tritt, wenn die Landwirtschaft wie die Industrie erheblicher über ihren eigenen Bedarf hinaus produzieren und recht viele Erzeugnisse über ihren eigenen Bedarf hinaus mit gutem Gewinn absetzen kann. Die Landwirtschaft ist also an der Erreichung unseres Kriegszieles ebenso interessiert wie die Industrie; hat der Industriearbeiter wenig Verdienst, so wird auch der Landwirt auf magerere Kost gesetzt sein, wie andererseits freilich auch die Industrie durch die Landwirtschaft gefördert wird, wenn diese durch Ausfuhr ihrer Produkte ihren Wohlstand mehren könnte. Doch daran ist bei dem heutigen Stande unserer Landwirtschaft nicht mehr zu denken; ihre Erzeugnisse müssen ja noch durch Einfuhr aus dem Ausland ergänzt werden, wenn sie zur Ernährung der ganzen Bevölkerung ausreichen sollen. Für die Landwirtschaft und ihren Wohlstand kann also die Industrie mehr tun, als die Landwirtschaft für die Industrie und deren Wohlstand tun könnte. Die Landwirtschaft ist also in normalen Zeiten mehr auf die Industrie angewiesen als diese auf die Landwirtschaft. Wie die Dinge bei uns stehen, so wird die Landwirtschaft erst durch die Industrie in ihrem wirtschaftlichen Aufstieg gefördert, und wenn dann die so geförderte Landwirtschaft die Industrie wieder fördern kann, indem sie in höherem Maße Industrieerzeugnisse kauft und verbraucht, so ist das in letzter Linie doch dem Umstande zu danken, daß die Industrie zuerst der Landwirtschaft in höherem Maße Zuwendungen machen konnte; der verhältnismäßige Wohlstand von Industrie und Landwirtschaft beruht eben nicht auf dem Absatz des Warenüberschusses aus der Landwirtschaft — denn sie hat noch keinen Ueberschuß erzeugt — sondern auf dem von der Industrie erzeugten Warenüberschuß. Früher hieß es ganz richtig: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt.“ Heute heißt es: „Hat die Industrie Geld, hat's die ganze Welt!“ Früher, als bei uns die Landwirtschaft noch den Hauptbestandteil der Volkswirtschaft bildete, war die Landwirtschaft der die ganze heimische Wirtschaft belebende Faktor, heute ist die Industrie dieser Faktor. Sie kann zwar heute — unter den kriegerischen Wirren und Zertwürfnissen — nicht viel ausführen, doch landwirtschaftliche Produkte können auch nicht in größerem Maße eingeführt werden. Darauf beruht gegenwärtig der verhältnismäßige günstige Stand der Landwirtschaft. Man könnte — im Wucherfalle — auch von einem unverbhältnismäßig günstigen Stande der Landwirtschaft reden. Wäre ihre Ergiebigkeit größer, würde es ihr vielleicht weniger gut gehen als jetzt, wo sie nur mit Not und Mühe die Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken vermag, wenn man den Begriff „decken“ hier überhaupt anwenden

kann. Und diesen günstigen Stand hat die Landwirtschaft hauptsächlich unserem bisher in der Verteidigung des Landes siegreich gebliebenen Heere zu danken. Und daß das Heer siegreich bleiben konnte, ist nicht allein seiner Ausdauer und Tapferkeit geschuldet, sondern auch der *I n d u s t r i e*, neben der Landwirtschaft; die Industrie liefert die zum Kampfe notwendigen Verteidigungsmittel, ohne die — auch bei der besten Ernährung des Heeres, die ja der Landwirtschaft obliegt — ein wirksamer Verteidigungskampf nicht geführt werden könnte.

Würde dieser Verteidigungskampf unmöglich werden, so hätten wir die gegnerischen Heere bald wieder im Lande. Die Landwirtschaft würde dann noch mehr in Anspruch genommen werden als jetzt, doch Gewinne würde sie dann wohl kaum machen, müßte vielmehr froh sein, wenn ihre Vertreter mit dem nackten Leben davontämen und als Flüchtlinge durchs Land ziehen könnten, ihre Habe verzehren oder in Flammen und Rauch aufgehen sehend.

Die Landwirtschaft sollte sich deshalb dem kämpfenden Waffenheer wie dem schaffenden industriellen Heimheer gegenüber in gleichem Maße für deren landesretterische Taten erkenntlich zeigen.

Was sehen wir aber?

Die Industriebevölkerung lebt vornehmlich in der Stadt. Die Stadtbevölkerung wird aber von der Landwirtschaft so knapp an Lebensmitteln gehalten, daß man annehmen möchte, diese glaube der Stadtbevölkerung eine besondere Gunst zu erweisen — auf die niemand Anspruch habe —, wenn sie ihr von ihrem Ueberfluß für Geld und gute Worte etwas verkaufe — für viel mehr Geld, als sie in Friedenszeiten für dieselben Artikel bekam, und wo sie viel Worte machen mußte, wollte sie ihre Produkte zu einem der Mühe der Erzeugung entsprechenden Preise absetzen. Die Landwirtschaft gebärdet sich, als sei es ihr gutes Recht, die Städte so knapp wie möglich zu halten und ihnen die möglichst höchsten Preise abzuverlangen; sie betrachtet den Krieg als gute Konjunktur für sich, ohne zu überlegen, daß statt dieser Konjunktur ein ganz anderer Zustand für sie herrschen würde, wenn die Städte auch so selbstständig gehandelt hätten und — weil sie zunächst, soweit größere Städte in Betracht kommen, von der feindlichen Ueberflutung weniger bedroht waren — in der Herstellung der notwendigen Verteidigungsmittel weniger Eifer entwickelt hätten, da es ihnen ja gleichgültig sein könnte, wie die Bauern Ostpreußens mit den einfallenden Russen fertig würden. Und das gilt für das ganze Land, das wohl nur noch wenige Bauernhöfe gut erhalten aufweisen würde, wenn in der Kriegswirtschaft die Städte ebenso verfaßt hätten wie die Bauern und Gutsbesitzer, die glauben, aus der Haut der städtischen Bevölkerung Riemen schneiden zu dürfen, für sich also ein Recht auf Profitmacherei zu haben, wo es doch einfach ihre vaterländische Pflicht ist, das Möglichste für eine genügende und billige Ernährung des ganzen Volkes zu tun, das ja auch sein Möglichstes tut, um den ländlichen Besitz in gleichem Maße wie den städtischen zu schützen. Es gibt keinen berechtigten Gegensatz von Stadt zu Land; die eine ist auf das andere angewiesen, und umgekehrt. Die Landwirtschaft ist nicht der Landwirtschaft wegen, sondern der Bevölkerung wegen da, wie auch kein Landwirtschaftsminister der Landwirtschaft wegen, sondern des ganzen Volkes wegen — auch des in den Städten und selbst Großstädten wohnenden — da ist; er soll, unter der Wahrung der Interessen der Landwirtschaft, die Interessen der ganzen Bevölkerung wahrnehmen — durch die Landwirtschaft, nicht für diese, sondern für das ganze Land, zu dem auch die Städte zählen.

Offenkundig wird bald so verfahren. Geschieht es nicht, können Vorkommnisse berechtigter Selbsthilfe, durch die Städte geübt, bald nicht mehr ausbleiben. Und noch schlimmeres kann geschehen, wenn die Städte sich, angesichts der ihnen widerfahrenen tiefmütterlichen Behandlung einmal ernstlich die Frage stellen: *W o f ü r k ä m p f e n w i r ?* Und sie sich die Frage beantworten müssen: Wir glaubten, für die Erhaltung des Deutschen Reiches, sehen aber, daß es hauptsächlich geschieht für ein gutes Gedeihen der heimischen Landwirtschaft, die uns zum Dank dafür den Brotkorb immer höher hängt. Solche Einsicht muß für die erfolgreiche Verteidigung des Reiches gegen feindliche Uebermacht auf die Dauer gefährlich werden, und das würde nicht zuletzt, sondern zuerst die Landwirtschaft zu beklagen haben. Will sie sich davor bewahren, so wird sie sich zur Stadtbevölkerung in ein günstigeres Verhältnis bringen müssen. Tut sie es nicht freiwillig und gutwillig, so erbeischt das Interesse des Reiches, daß dieses um seiner selbst willen zwangsweise den Wandel schaffe, den bäuerlicher Starrsinn, gepaart mit Einsichtslosigkeit, verhindern will, weil der Landbesitz in völliger Verkennung seiner Aufgaben und teilweiser Vernachlässigung seiner Pflichterfüllung seine eigenen selbsttätigen Interessen mit den Allgemeininteressen der ganzen Reichsbevölkerung verwechselt hat. Für landwirtschaftliche Interessen kämpft aber das deutsche Volk nicht; es kämpft um seine Erhaltung als freies Volk. Das muß der Landwirtschaft endlich so klar gemacht werden, daß sie begreifen lernt, sie habe an ihrem Teile nach Möglichkeit an der Erreichung dieses Zieles mitzuarbeiten, anstatt, wie bisher, das Ziel immer mehr zu verdunkeln und seine Erreichung damit — wenn auch ungewollt — so zu erschweren, als stände sie im Solde unserer zahlreichen Feinde, die nur das eine Ziel kennen:

Deutschlands Niederwerfung und Knechtung.

Der Einfluß Rumäniens auf die Schmiermittelversorgung.

Als Rumänien in den Krieg eintrat, stieg die Besorgnis für eine ausreichende Schmiermittelversorgung unserer Industrie erheblich, so daß man sich zur Beschlagnahme sämtlicher Schmiermittelvorräte im Lande entschloß. Als nun unsere siegreichen Truppen uns nach kurzer Zeit in den Besitz der rumänischen Oelfelder brachten, erhoffte man wesentliche Erleichterungen in der Schmiermittelbeschaffung. Diese Hoffnungen sind jedoch nur zum Teil in Erfüllung gegangen, denn Beauftragte der englischen Regierung haben ohne Rücksicht auf die eigenen Interessen Rumäniens Bohrtürme und Maschinenanlagen in ziemlich erheblichem Umfange zerstört. Allerdings hatten unsere vorwärts stürmenden Truppen den Engländern nicht immer die Zeit gelassen, die Zerstörung in der gewünschten Weise durchzuführen, so daß manche Einrichtungen und Fabriken, die für die Schmiermittelgewinnung

erforderlich sind, erhalten blieben. Mit aller Energie hat man natürlich sofort die Wiederherstellung der zerstörten Anlagen begonnen, wobei allerdings die Transportbeschwerden nach jenen Gebieten und die Ueberlastung unserer Industrie, die die erforderlichen Maschinen herstellen muß, unangenehme Verzögerungen hervorrufen. Man kann deshalb in absehbarer Zeit mit einer Beihilfe rumänischer Öle für unseren Schmiermittelverbrauch noch nicht rechnen; es ist vielmehr vaterländische Pflicht, durch möglichste Sparbarkeit und Verminderung des Verbrauchs die augenblicklichen Schwierigkeiten zu überwinden. Schon jetzt kann man feststellen, daß die Rechnung der Feinde auf unseren Schmiermittelmangel, die sie im wesentlichen mit veranlaßt hat, Rumänien in den Krieg zu heizen, an dem entschlossenen Willen unseres Volkes scheitern wird und deshalb verfehlt war. (S. R. 2a.)

Verweltes und neues Wesen in den Gewerkschaften.

Die heutigen Gewerkschaften sollen nach dem Wunsche gewisser uneigennütziger Biedermänner ebenso vernichtet werden wie die sozialdemokratische Partei, denn sie seien gleich dieser weiter nichts als „ein Haufen organisierter Verwesung“. Das kann man in anarchistisch-reaktionären „Kampf“ lesen. Es müsse, heißt es darin weiter, eine andere Gewerkschaftsbewegung auf ganz neuer Grundlage geschaffen werden. Die Grundlage dieser neuen Bewegung müsse der Kampf sein, der Kampf „unter allen Umständen“ und „in jeder Lage“. Weiter denkt man sich die Sache so, daß alles in einen Topf geworfen wird. Die Interessen aller Arbeiter seien ja doch die gleichen, warum also die Schranken zwischen Metallarbeitern und Seimarbeitern, zwischen Bäckern und Bauhandwerkern? Dann haben wir den syndikalistischen Allerpöbel-Arbeiterbund nach romanischem Muster, in dem viel debattiert, radikale Beschlüsse gefaßt werden, wo aber nichts erreicht werden kann, weil die Unternehmer vor den großen Worten leidet verdammt wenig Respekt haben.

Die „Gewerkschaftsbureaucratie“ muß natürlich beseitigt werden. Gewerkschaftsangestellte? Wozu braucht man solche in den „reinen Kampforganisationen“, die nicht mehr Unterstützungsvereinigungen sind?

Danach scheint sich in gewissen Sirkeln der zukünftige gewerkschaftliche Kampf nur in wüsten, aber unwirksamen Reden zu malen, denn in einem Kampfe, der für die Arbeiter gewerkschaftliche Erfolge zeitigen soll, wird es doch auch bei einer neuen Gewerkschaftsform, die noch keine Spur von Verwesung zeigt, so viel Arbeit geben, daß sie nicht so nebenbei „nach Feierabend“ geleistet werden kann, auch wenn man zur weitestgehenden Arbeitsteilung seine Zuflucht nimmt; es gibt in solchen Kämpfen bekanntlich Arbeiten, die nicht von vielen, sondern nur von wenigen Eingeweihten geleistet werden können. Viele Köche verderben auch hier sehr leicht den Brei. Das wissen jene Leute auch recht gut; sie wollen aber auch gar keine praktische Gewerkschaftsarbeit leisten, sondern die Köpfe der Massen nur mit neuem Geiste erfüllen. Die materiellen Erfolge sollen dann allein kommen. Als solche stellt man sich verumflücht spontan ausbrechende Streiks vor, die, wenn sie zufällig die für die Arbeiter günstigste Zeit treffen, Erfolg haben können, doch, wenn sie neben diese Zeit fallen, wegen Mangels an Mitteln bald zusammenbrechen und erfolglos bleiben müssen, denn die dann wieder neuerstandenen „Sechserkassen“ aus den neunziger Jahren werden wohl noch weniger bis zur nächsten Konjunktur durchhalten können als die heutigen kapitalkräftigen Gewerkschaften. Die „Sechservereine“ würden auch nicht erfolgreich durchhalten können, wenn sie die Vermögen der heutigen Gewerkschaften an sich rissen oder annektierten, was sie neben der Revolutionierung der Köpfe doch beabsichtigen. Der Sechserbeitrag und die Weitherzigkeit der neuen Leiter — oder soll es auch solche nicht geben, selbst wenn sie ganz umsonst arbeiten wollten? — würde bald die Anhänger der neuen Idee auf kahle Kassettenböden blicken lassen. Weitere größere Erfolge wären dann bald in Frage gestellt. Der Idealismus der Massen würde verrauchen und sie würden weiter nichts mehr bilden als einen „Haufen organisierter Verwesung“, der erst wieder belebt werden könnte durch Wiederaufnahme der Formen des alten *B e w ä h r t e n*, das man jetzt unter allen Umständen niederreißen will. Und dazu sollen die jetzigen Gewerkschaftsmitglieder ihre Hand bieten!

Ist jemand wirklich so naiv, zu glauben, daß sie es tun werden? Solche Hoffnungen sind schon so oft fehlgeschlagen, daß auch die jetzt gehegte Hoffnung zuschanden werden muß. Bisher sind die Sonderorganisationen; gleichviel unter welcher trügerischen Etikette sie sich den Arbeitern anboten, in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu hoffnungsloser Ohnmacht verurteilt gewesen. Möglich, daß sich in dieser trostlosen Zeit einige Mißgünstige und Mißbegünstigte finden, die dem Lohndruck folgen. Daß aber diese „Organisation“ in der deutschen Arbeiterbewegung irgend welchen Einfluß erlangen könnte, ist ausgeschlossen. Am gesunden Sinn der Gewerkschaftsmitglieder, die mit Recht stolz sind auf die nie erschütterte Einigkeit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung, werden alle diese Zerstörungsversuche ergebnislos zerfallen.

Das beweisen schon die Mitgliederzunahmen in den Gewerkschaften, die in neuerer Zeit hier und da wieder verzeichnet werden konnten. Die neugeborenen Gewerkschaftsretter werden darin freilich nur einen Fortschritt in der „organisierten Verwesung“ sehen. Wir bewerten aber diese Tatsache als einen Beweis dafür, daß die durch den Eintritt des Krieges in ihrer Fortentwicklung gehemmt gewesenen Gewerkschaften sich von neuem zu entfalten beginnen — trotz aller Versteckten und offenen Versuche, sie selbst in ihren Grundlagen zu erschüttern. Eine schärfere Beurteilung kann jenes die Arbeiterinteressen tief verletzende Treiben der „Gewerkschaftsretter“ eigentlich nicht mehr finden, was diese aber wohl noch nicht abhalten wird, es noch ein Weilchen fortzusetzen, bis sie es resigniert aufgeben müssen, weil die „Verwesung“ doch schon zu weit vorgeschritten sei.

Aus der Textilindustrie.

Die Stärke der Leinenindustrie im Kriege.

Auf der in diesen Tagen abgehaltenen Hauptversammlung der vereinigten deutschen Leinenindustriellen wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die deutsche Leinenindustrie auch durch den Krieg keine Einbuße erfahren hat, sondern sich sogar kräftig weiterentwickeln konnte. Der Verband ist

an Mitgliedern heute stärker als vor Eintritt der Weltkatastrophe. In der Versammlung wurde mitgeteilt, daß das Reich zur Förderung des inländischen Flachsbauens erneut einen Betrag von 5 Millionen Mark gestellt habe. Der Verband selbst hat die Vergabe von 2 Millionen Mark für den gleichen Zweck beschlossen.

Diese Tatsache ist für die Arbeiter der Leinenindustrie sehr wichtig. In der Tat ist die Kriegszeit für die Leinenindustrie eine ununterbrochen glänzende Geschäftszeit gewesen.

Freigabe großer Vorräte Robbaumwolle.

Der „Konfektionär“ berichtet:

„Die Firma Geritt van Delden u. Co. in Gronau ist noch im Besitz von ansehnlichen Vorräten an roher Baumwolle, die aber nicht verarbeitet werden durften. Jetzt hat sie die Erlaubnis erhalten, den Bestand verarbeiten zu lassen.“

Wenn es der Firma gelingt, Arbeiter zu erlangen, wird in den allernächsten Tagen der Betrieb in einer ihrer Fabriken wieder eröffnet werden. Es werden dazu ungefähr 200 Arbeiter gebraucht. Die männlichen aber werden aus Holland kommen müssen, da jetzt in Gronau männliche Arbeiter nicht mehr in genügender Zahl vorhanden sind.“

Wenn auch in Gronau nicht mehr genug männliche Baumwollspinner vorhanden sein mögen, so doch sicher in anderen Teilen Deutschlands. Wir müssen unbedingt verlangen, daß man deutsche Spinnereiarbeiter zu dieser Verarbeitung von Baumwolle heranzieht.

Vom Arbeitsmarkt der deutschen Textilindustrie im Jahre 1916.

Das Kennzeichen des Spinn- und Webstoffgewerbes ist zum mindesten für die ersten vier Monate ein ständiger Rückgang der Beschäftigung. Nur die Kunstgarn- und Kunststofffabriken hatten volle Beschäftigung und können auf unbedeutend gute Geschäftslage zurückblicken. Gegen Ende des Jahres hob sich die Lage für verschiedene Spinnereien durch Aufnahme der Papiergarnspinnerei. Die Wirk- und Strickwarenindustrie hat zwar schlechteren Geschäftsgang als im Jahre 1915 gehabt, doch bewegt sich hier die Beschäftigung fast das ganze Jahr hindurch in denselben Rahmen wie im Anfang des Jahres. Im April und Mai ist teilweise eine Verringerung, dafür im Juli eine teilweise Belebung zu verzeichnen. Was die Seidenindustrie anbelangt, so weisen hier die Monate März bis Mai eine regere Nachfrage nach Seidenstoffen als die entsprechende Zeit des Jahres 1915 auf. Auch im November herrschte für Seidenstoffe recht lebhaft Beschäftigung. In bezug auf Sammetband wird für Mai bis Juni wie für September über gute Nachfrage berichtet.

Die Veränderungen des Mitgliederbestandes der an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Betriebskrankenkassen des Spinnstoffgewerbes stellen ausnahmslos Verminderungen der Beschäftigtenzahl sowohl der männlichen als auch der weiblichen fest:

Monat	1916		1915	
	männliche	weibliche	männliche	weibliche
Januar	— 8343	— 8474	— 1407	+ 1554
Februar	— 9508	— 4044	— 2427	+ 1776
März	— 8797	— 4108	— 4491	+ 348
April	— 8504	— 4558	— 4220	+ 1587
Mai	— 2771	— 3683	— 5246	— 356
Juni	— 2047	— 3508	— 5095	— 1534
Juli	— 1910	— 3069	— 3958	— 3114
August	— 1549	— 1718	— 5360	— 4978
September	— 2513	— 2162	— 5848	— 5983
Oktober	— 1703	— 1943	— 4868	— 2441
November	— 2379	— 1105	— 2033	— 83
Dezember	— 1552	— 1454	— 2077	— 1466

Die Verminderung der männlichen wie der weiblichen Beschäftigten zeigt trotz einzelner Schwankungen abnehmende Richtung.

Eine Ergänzung dieser Feststellungen bietet ein Blick auf die Gestaltung der Arbeitslosigkeit, wie sie die nachstehende Zusammenstellung der Fachverbände des Spinnstoffgewerbes veranschaulicht. Auf 100 der Mitglieder der berichtenden Verbände kommen Arbeitslose:

Ende	1912	1913	1914	1915	1916	Ende	1912	1913	1914	1915	1916
Jan.	0,8	1,0	2,1	5,3	10,5	Juli	0,7	2,2	—	6,2	14,7
Febr.	0,8	0,9	1,8	5,1	11,7	Aug.	0,9	2,4	—	7,9	14,0
März	0,5	0,8	1,3	4,0	10,8	Sept.	0,6	1,8	—	10,0	14,8
April	0,6	0,8	1,3	4,8	13,3	Ok.	0,8	1,6	8,8	11,0	14,8
Mai	0,7	0,9	0,9	5,5	13,5	Nov.	1,0	1,7	4,8	8,9	13,7
Juni	0,6	0,9	0,9	4,9	14,3	Dez.	1,5	2,2	6,8	8,2	11,8

Die Arbeitslosigkeit zeigt sich größer als im Vorjahr und selbst erheblicher als im Oktober 1914; sie hat seit April, wenn vom Dezember abgesehen wird, keine wesentliche Aenderung erfahren.

Wie stehts um die Beschäftigung?

☆ Aus dem *Wuppertal* ist dem „Konfektionär“ ein längerer Bericht zugegangen über die Beschäftigung der dortigen Textilbetriebe. Wir entnehmen demselben, daß trotz der vielen Betriebe, die Teile ihrer Fabrikräume der *M u n i t i o n s h e r s t e l l u n g* eingeräumt haben, doch auch die Textilwarenherstellung ziemlich stark gefördert werden soll. Der Hunger nach Textilwaren wird mit der längeren Kriegsdauer immer größer. Ohne Rücksicht auf den Preis wird gekauft, was nur greifbar ist. In seidenen und halbseidenen Bändern ist die Nachfrage weit größer als das Angebot. Zu den sogenannten Greßgebändern wird jetzt Feinpapiergarn als Schuß verwendet und sollen gute Erfolge erzielt worden sein. Zigarren- und Wäschebänder werden gleichmäßig verlangt. Die Fabrikbetriebe haben jetzt sogar wieder lange Ketten an die selbstständigen Bandwirkermeister ausgegeben, was schon seit längerem nicht mehr der Fall war. Viele Futterstoff, Möbelstoff- und Teppichwebereien haben in Papiersackstoff gute Beschäftigung. (Ist das aber auch lohnende Beschäftigung? D. R. d. T.) Dafür einen Papiersack 76,6 Pf. gezahlt wird, könnte den Webern ein recht auskömmlicher Lohn gezahlt werden. Die Gürtelband- und Gurtfabriken haben noch Aufträge für das Heer, ebenso die Riemenwebereien.

Was die Arbeiterverhältnisse anbetrifft, so sind an Stelle der meist eingezogenen Männer weibliche Arbeitskräfte angelernt worden. Das wird nun für die Organisation der Textilarbeiter in *Wuppertal* noch ein viel ernsteres Problem, als es schon vor dem Kriege war. Man wird nicht damit rechnen können, daß diese anormalen Verhältnisse nach dem Kriege wieder vollständig verschwinden.

Warum zog das Kriegsamt seine Zustimmung zur Zusammenlegung der Baumwollbetriebe zurück?

Der Vorsitzende des Reichstagsausschusses zur Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, Herr Abg. Gothein, geht in der „Silbe“ auf die Frage ein, warum das Kriegsamt die erteilte Zustimmung zur Stilllegung der Baumwollbetriebe zurückgezogen habe.

Da ist nun der Kriegsausschuss so vorgegangen, daß er zwar solche Fragebogen an einem Tage ausgefüllt, aber bereits am nächsten Tage die Still- und Zusammenlegungsbeschlüsse ohne alle Unterlagen gefaßt hat.

Der vom Reichstag niedergesetzte Ausschuss für den vaterländischen Hilfsdienst hat denn auch verlangt, daß vor endgültiger Beschlussfassung über die Stilllegungen und Zusammenlegungen ganzer Erwerbsgruppen seine Meinungsäußerung unter Vorlegung des Materials einzuholen und daß vor solchen Maßnahmen die Vertreter der in Betracht kommenden Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen gehört werden.

Ueber die Zusammenlegung von Betrieben im Webstoffgewerbe

find folgende Beschlüsse von den Kriegsausschüssen des Webstoffgewerbes gefaßt worden: Beschäftigt werden in erster Linie die Webbetriebe, an zweiter Stelle diejenigen Betriebe, welche dem Webstoffgewerbe am nächsten kommen.

Hinauffetzung der Höchstpreise für Baumwollgarn.

Man schreibt uns aus M.-Gladbach: „Vom 1. März ab erhöhen sich die Höchstpreise für rohe und einfache Baumwollgarnen auf Nops, nach dem System der Dreizylinder-Spinnerei hergestellt (Preistafel 2 Ziffer I, IV und Va), die auf Grund von nach dem 2. Januar 1917 ausgestellten Spinnvertragsbedingungen gesponnen werden, wie folgt: für Garne mit einem Gehalt von weniger als 50 vom Hundert Originalbaumwolle um 40 vom Hundert, für solche mit mindestens 50 vom Hundert und höchstens 75 vom Hundert Originalbaumwolle um 30 vom Hundert, für Garne mit noch höherem Gehalt von Originalbaumwolle um 10 vom Hundert.“

Ein bayerisches Flachskriegsamt.

Als erster Bundesstaat, der nach langen Beratungen neben der Kriegsflachsbaugesellschaft Berlin ein eigenes Amt zur Organisation des Flachsbauwes, der Flachsabnahme und Flachsverwertung im Kriege erhält, tritt Bayern auf den Plan.

Bayern hatte im letzten Jahre eine Flachsanbaufläche von 7000 Tagwerk; also ein Zehntel der gesamten Flachsanbaufläche des Reiches.

Aus der Tuchindustrie.

Das Vertragsverhältnis der Deutschen Tuchkonvention zu der Interessengemeinschaft deutscher Tuchgroßabnehmerverbände wird, nachdem die Kündigung als rechtmäßig anerkannt, am 30. Juni des Jahres sein Ende erreichen.

Um das Zustandekommen dieses Vertragsverhältnisses ist vor drei Jahren ein überaus heftiger Kampf geführt worden. Soll der im nächsten Jahre von neuem entbrennen?

Kann Deutschland erfolgreich die Seidenzucht betreiben?

Eine Reihe von Vorträgen über die augenblicklich sehr zeitgemäße Frage der Seidenzucht im allgemeinen und die Aussichten ihrer Einführung in Deutschland hielt der Konfervator der Königlichen Gewebefabrikation in Krefeld, Professor Paul Schulze, in den alten Hansestädten Bremen, Hamburg-Altona und Lübeck.

Wir haben der überlauten Propaganda für eine deutsche Seidenzucht von vornherein sehr skeptisch gegenübergestanden.

2 1/4 Millionen Mark „herrenlos“ Manufakturwaren.

Vor einigen Tagen wurde aus Lodz ein Transport Waren herausgeschickt, doch hat sich zur Abnahme niemand gemeldet. Die Bahnverwaltung öffnete die zwei Waggon, und es erwies sich, daß beide mit Manufakturwaren, Leinen und dergleichen vollgepfropft sind, welche der Verordnung nach beschlagnahmt werden, da derartige Waren ohne Genehmigung nicht befördert werden dürfen.

Da sieht man doch wieder einmal, was heute im Zeichen der Textilwarenbeschlagnahme, des Bezugsstrenzwanges und der Reichsbekleidungsstelle noch alles an Schiebungen möglich ist.

Streit um den Kettenhandel mit Textilwaren.

Als Kollege Krähig im Herbst v. J. im Hauptausschuß des Reichstags die Behauptung aufstellte, daß noch ein ganz unerhörter Kettenhandel mit Textilwaren bestehe, durch den die Ware in kurzer Zeit enorm im Preise gesteigert werde, wurde vom Regierungssitze aus bestritten, daß dies der Fall sei.

Brauchen wir Wollzölle?

Auf der Generalversammlung des Verbandes der Wollhändler Deutschlands kam auch zur Sprache, daß von den Schafzüchtern Wollzölle verlangt werden. Will man nach dem Kriege die deutsche Wollindustrie in ihrem Konkurrenzkampfe auf dem Weltmarkt völlig flügelstumm machen, dann muß man mit der agrarischen Verriicktheit, den Wollzöllen, kommen.

Gute Geschäfte der Deutschen Wollenwarenmanufaktur, A.-G., Grünberg i. Schl.

In der Sitzung wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung von wiederum 15 Proz. Dividende nach als reichlich bezeichneten Abschreibungen und Rückstellung von 600 000 Mk. (i. B. 1 140 000 Mk.) für Kriegsgewinnsteuer vorzuschlagen.

Rund 2 Millionen Rohüberchuß

hat die Mechanische Baumwollspinnerei und -weberei Bamberg. Die Ankosten, unter denen 228 000 Mk. (194 000 Mk.) Kriegsgewinnsteuerrücklage gebucht sind, erforderten 1 085 017 Mark (2 163 069 Mk.), Abschreibungen 231 978 Mk. (225 308 Mark). Zugüglich 183 677 Mk. (131 851 Mk.) Vortrag beträgt der Reingewinn 855 636 Mk. (771 162 Mk.), woraus, wie bereits gemeldet, 10 Proz. (12 1/2 Proz.) Dividende gezahlt, 84 855 Mk. (77 485 Mk.) für Unterhaltungs- und Pensionszwecke und 100 000 Mk. (0) für Kriegsfürsorge zurückgestellt und 267 781 Mk. vorgetragen werden.

Die Rugsburger Kammgarnspinnerei in Rugsburg zahlt 11 2/3 Proz. Dividende.

Nach starker Reduzierung der Abschreibungen ergibt sich ein Reingewinn ohne Vortrag von 512 079 Mk. (im Vorjahr 688 402 Mk.).

Nachrichten aus dem Textilwarenhandel.

Strumpfverkauf durch die Reichsbekleidungsstelle.

Der Reichsbekleidungsstelle stehen in nächster Zeit größere Posten von grauen Männersocken, grauen Frauenstrümpfen und schwarzen und grauen Kinderstrümpfen zur Verfügung. Diese Strümpfe sollen durch die Kommunalverbände der bedürftigen bürgerlichen Bevölkerung zugeführt werden.

Table with 7 columns: Größe (1-7), Preis (15,80-27,80). Second row: Größe (8-12), Preis (29,80-37,80).

Die Strümpfe sind nur in folgenden Sortimenten zu 100 Paar angefertigt:

- 1. Kinderstrümpfe. Größe: 1 2 3 4 5 6 7 8 9. Paar: 2 4 7 10 14 16 17 18 14 Paar = 100 Paar. 2. Frauenstrümpfe. Größe: 10 11 12. Paar: 40 50 10 Paar = 100 Paar.

3. Wegen Männersocken werden die Sortenverhältnisse noch bekanntgegeben.

Die Kleinhändler dürfen, wenn ihnen die Gemeinden den Verkauf übergeben, einen Aufschlag von höchstens 15 Proz. nehmen.

Von der Kriegsfürsorge.

Arbeitslohn und Familienunterstützung.

Wolffs Bureau verbreitet folgende halbamtliche Mitteilung, die für die Kriegerfamilien von besonderem Interesse ist:

Wiederholt haben Heerespflichtige, die zur Arbeit in bestimmten Betrieben entlassen werden sollten, deren Uebernahme abgelehnt, weil der ihnen in Aussicht gestellte Lohn weniger betragen haben würde, als ihre Wohnung nebst freier Verpflegung und Kleidung zusammen mit den ihren Familien gewährten Unterstützungen.

hörigen der zur Arbeitsleistung entlassenen Heerespflichtigen, soweit sie bisher Familienunterstützung erhalten haben, im Wege der Kriegswohlfahrtspflege Unterstützung gewährt werden, und zwar in einer Höhe, die dem Unterschied zwischen den militärischen Bezügen und den bisher gewährten Familienunterstützungen einerseits und dem Arbeitsverdienst andererseits entspricht.

Bejähmend ist es freilich für die Kriegsindustrie, die meist enorme Gewinne einheimst, daß sie ihre Arbeiter so schlecht bezahlt, wie das vorstehend halbamtlich auseinandergelegt wird.

Wir haben's allerdings in der Textilindustrie ebenso. Heerespflichtige, die zum Bearbeiten von Textilerschaffstoffen beurlaubt würden, müßten das auch ablehnen, denn der Lohn würde nicht einmal soviel betragen, wie sie an Löhnung, Verpflegung und Kleidung beim Heere bekommen.

Zum Hilfsdienst.

Die Textilarbeiterinnen und der Hilfsdienst.

Auf einer Konferenz in Dresden führte in einer Ansprache über die bisherigen Wirkungen des Hilfsdienstgesetzes Kollege Reichstagsabgeordneter Jäckel aus, daß in zwei bis drei Monaten die Stilllegung der Betriebe erfolgen werde. Es habe sich herausgestellt, daß die Kriegsindustrie nicht so viele Arbeiter brauche, wie vorher angenommen worden sei.

Zur Erwerbslohnfürsorge.

Textilarbeiterfürsorge und Lebensmittelversorgung in Sachsen.

Unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Jäckel fand in Dresden eine Konferenz der Textilarbeiter, Schneider und Gutmacher statt, um darüber zu beraten: 1. Was können wir tun, um die Mängel in der Textilarbeiterfürsorge Sachsens abzustellen? 2. Was ist zu tun, um den berechtigten Beschwerden der sächsischen Textilarbeiter in der Ernährung abzuhelfen? 3. Zu der ersten Frage führte Landtagsabgeordneter Winkler aus, seit Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes haben einige Behörden die Auffassung, daß damit die Fürsorge für die arbeitslosen Textilarbeiter hinfällig geworden sei.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung bezeichnete der Referent es als ein Unrecht, daß die Textilarbeiter, Schneider und Gutmacher zu den Reichstarbeitern gezählt würden. Sie würden dadurch in der Ernährung sehr geschädigt, da sie von den Zulagen ausgeschlossen seien.

Aus Unternehmerkreisen. Wovon die Arbeiter lernen können.

In den Arbeitgeberorganen, in der „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“ und in der „Südwestdeutschen Arbeitgeber-Ztg.“ fanden wir in den letzten Wochen mehrere Abhandlungen, die sich mit der Stärkung der Arbeitgeberverbände beschäftigen. In einem dieser Artikel werden die Arbeitgeber eindringlich zum Festhalten an ihren Verbänden gemahnt und gesagt:

„Zunächst noch gibt es einige, die meinen, auch an dem Verbandsbeitrag eine Kriegersparrnis machen zu können. Wir glauben aber, daß dies am falschen Platz gepart ist. Ist der Krieg vorüber, werden voraussichtlich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die allerwichtigsten Verhandlungen geführt werden müssen und Abmachungen getroffen werden, die nach Umständen den ganzen Betrieb in neue Bahnen lenken könnten. Wie nötig wird da erst ein eingeführter, mit Geldmitteln versehenen Verband sein, der bei Behörden und Arbeitnehmern für die Interessen der Arbeitgeber eintritt. Wir wünschen, daß sei an dieser Stelle gesagt, gewiß keine Kämpfe mehr, wie wir sie vor dem Kriege gegen die internationale Leitung der Gewerkschaften führen mußten, aber (wie wir hoffen, friedlich-schiedlich) Auseinandersetzungen werden auch nach diesem Kriege zwischen den Arbeitgebern und den nationalen Arbeiterkraft nicht ausbleiben. Mögen sie stets in dem Sinne geführt werden, daß beide Teile ihr Auskommen dabei finden können und das Gewerbe keinen Schaden leidet. Es möge sich also jeder wohl überlegen, ehe er aus schlecht angelegter Sparsamkeit den Bestand des Verbandes gefährdet. Uebrigens ist es auch schon vom kaufmännischen Standpunkt aus ein Fehler, einem Verband den Rücken zu kehren, der nun über ein ganz ansehnliches Reiserkapital verfügt, das man durch seine Beiträge hat bilden helfen.“

Soziale Rundschau.

Die Säuglingssterblichkeit in Preußen.

Die Erörterung bevölkerungspolitischer Fragen im verstärkten Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses lenkt den Blick auf die Säuglingssterblichkeit.

Von 10 000 Lebendgeborenen starben in Preußen, wie wir der Zeitschrift des Kgl. Stat. Landesamts entnehmen, während des ersten Lebensjahres 1881—1890: 2075, 1891 bis 1900: 2031, 1901—1910: 1788 und 1911—1914: 1019. Diese Ziffern sind ein erfreulicher Beweis von der Wirkung gesundheitlicher Lehren und Maßnahmen. Und gerade in den größeren Städten, die früher besonders unter der Säuglingssterblichkeit zu leiden hatten, haben sich die Verhältnisse so gebessert, daß ihre Gesamtdurchschnittsziffer im letzten Jahrzehnt noch hinter der des ganzen Staates zurückbleibt: in den 63 Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern starben durchschnittlich von 1000 Säuglingen in obigen Zeitabchnitten 222, 214, 180 und 156.

Unter den Städten befindet sich keine, deren Säuglingssterblichkeit nicht günstiger geworden wäre. Am meisten ist die im ersten Jahrzehnt allerdings ziemlich hohe Ziffer Charlottenburgs zurückgegangen, von 286 auf 132, also um mehr als die Hälfte. Die Ziffern der 1881/90 noch stärker belasteten Städte Liegnitz (332), Görlitz (309), Breslau (300), Brandenburg und Königsberg (je 296) berechneten sich im letzten Jahrzehnt um mehr als 100 niedriger; sie waren in der Reihenfolge der obigen Städtebenennung 210, 166, 181, 192 und 179. Auch die Ziffer Berlins ist von 270 auf 152 gesunken.

Sehr verschieden ist die Säuglingssterblichkeit in den westlichen und östlichen Regierungsbezirken.

So günstig das Gesamtergebnis ist, so sehr bleibt aber auch noch den bevölkerungspolitischen Maßnahmen ein weites Feld der Betätigung. Das erste Ziel derselben wird die Erhaltung der Wochenhilfeverordnungen für die Friedenszeit und ihre weitere Ausgestaltung sein müssen.

Zur Lebensmittelversorgung.

Die Gewerkschaften an den Reichskanzler.

Unter dem 21. Februar haben die verschiedenen deutschen Gewerkschaftsgruppen gemeinsame Eingaben dem Reichskanzler und dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts unterbreitet. Die beiden Eingaben sind von sämtlichen Vorständen der den folgenden Körperschaften angehörenden Organisationen unterzeichnet: Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Verband der Deutschen Gewerksvereine (G.D.), Polnische Berufsvereinerung, Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht, Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

Die Eingabe an den Reichskanzler

betrifft das Kriegsernährungsamt und hat folgenden Wortlaut:

Euer Erzellenz!

Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands geben Euer Erzellenz Kenntnis von der beiliegenden Eingabe an das Kriegsernährungsamt, die sich gegen die

völlig unbefriedigende Regelung

der deutschen Ernährungsverhältnisse während der Kriegszeit wendet und die Ursachen dafür nicht lediglich in der Knappheit der Lebensmittel, sondern auch in dem Mangel einer strengen Durchführung gerechter Verteilung der vorhandenen Vorräte erkennt. — Die Erklärung für diese unzureichenden Maßnahmen ist darin zu suchen, daß das Kriegsernährungsamt zu sehr von der Durchführung seiner Maßnahmen seitens der Bundesregierungen abhängig ist und besonders durch den

Widerstand des preussischen Landwirtschaftsministers

gegen alle Eingriffe in die Sonderstellung der landwirtschaftlichen Erzeuger beengt wird. Diese Hemmungen einer gerechten Regelung der Ernährung werden von der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung mit wachsender

Sorge und Erbitterung verfolgt und müssen den dringenden Wunsch nach einer anderen Stellung des Kriegsernährungsamts, die es unabhängig von dem mangelnden Verständnis oder Willen einzelstaatlicher Verwaltungszweige macht, nahelegen.

Dieses Verlangen wird zur staatlichen Notwendigkeit angesichts der großen Aufgaben, die die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes erfordern. Der vaterländische Hilfsdienst rückt die Ernährung der deutschen Zivilbevölkerung in gleiche Linie mit der Versorgung des Heeres und der Marine; denn bei der Fortdauer der Ernährungsschwierigkeiten würde die heimische Arbeitsarmee außerstande sein, die Leistungen auf einer Höhe zu erhalten, wie sie die Landesverteidigung erfordert.

Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands, die die Pflicht übernommen haben, nach besten Kräften für die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes einzutreten, fühlen sich verpflichtet, auf diesen Zusammenhang zwischen Hilfsdienst und Kriegsernährung besonders hinzuweisen und zur Abstellung der gerügten Mängel folgende Wünsche dem Herrn Reichskanzler zu unterbreiten:

1. Zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsamt ist eine angemessene Verbindung für das Gebiet der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Im Kriegsamt wird je eine Abteilung für den Heeres- und den Zivilbedarf an Lebensmitteln geschaffen, die die Befugnis erhalten, an den Beschlüssen des Kriegsernährungsamts mitzuwirken, die Durchführung der Verordnungen desselben zu überwachen und die Lebensmittelvorräte für die allgemeine Volks- und Heeresversorgung zu beschlagnahmen, zu enteignen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.

2. In den Bezirken der einzelnen Generalkommandos sind Unterämter des Kriegsamts für Lebensmittelbeschaffung zu bilden, auf die das Kriegsamt seine Funktionen übertragen kann, mit der Maßgabe, daß die Verteilung nach den Anordnungen der Zentralstellen zu erfolgen hat. Die Beauftragten des Kriegsamts haben das Recht, jeden Raum, in dem vermutlich Lebensmittel aufbewahrt oder verarbeitet werden, zu betreten und in die Durchführung jedes Betriebes der Erzeugung oder des Verkehrs von Lebensmitteln Einsicht zu nehmen. Sie können die Zurückbehaltung oder Weiterverarbeitung von Lebensmitteln verbieten und mit Strafe bedrohen.

Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands bitten den Herrn Reichskanzler dringend, diese Wünsche in die ernsteste Erwägung zu ziehen und alsbald im Verordnungswege zur Verwirklichung zu bringen.

(Unterschriften.)

Mängel in Berlin. — Makrelen und Bücklinge.

Die Kettenreihen lösen sich einander ab; ist eine beseitigt, ist auch schon wieder eine andere in der Bildung begriffen. Die jüngste Kettenreihe wird durch das Steben nach Bücklingen gebildet; diese sind neuerdings wieder einmal in wenigen Exemplaren zum Verkauf gelangt. Es beruhen von einem Verkauf zum anderen immer einige Tage. Da für die Bücklinge Höchstpreise bestehen, so kommen sie wohl so selten zu öffentlichem Verkauf, um so mehr aber wohl im geheimen — zu einem unerlaubt erhöhten Höchstpreise. Der Höchstpreis ist ja gegenüber dem weiland Friedenspreis hoch, er ist aber niedrig gegenüber den in der Preisentwicklung unbeschränkten Preisen für sonstige Rauchwaren. Kein Wunder, daß der geringe Vorrat an Bücklingen, der einem Verkäufer jeweilig zur Verfügung steht oder den er hochherzig zu öffentlichem Verkauf stellt, im Handumdrehen ausverkauft ist. Denn Frauen, die es für ihre Hauptaufgabe ansehen, den ganzen Tag über nach verhältnismäßig billigen Lebensmitteln auszuspähen, stehen vor den Geschäften stets auf der Lauer, auch wenn sie nicht sicher sind, daß es gerade etwas Billigeres gibt. Sie treten einfach nachmittags um 2 Uhr an und sind bei der Eröffnung des Geschäfts um 5 Uhr die Ersten, die es betreten. Gibt es nicht, was sie begehren, so gehen sie weiter auf die Suche und kommen am anderen Tage um dieselbe Zeit wieder. Sie sind so sicher, daß sie immer etwas Billigeres bekommen, wenn es solches gibt. Wer nicht soviel Zeit wie sie hat, bekommt nie etwas Billigeres. Was nützt denn aber da ein Höchstpreis? Er begünstigt ja gerade die, welche noch nicht am schlechtesten stehen, denn sonst hätten sie nicht Zeit genug, ihren Vorteil zu wahrzunehmen. Die Frauen, welche an die Arbeit gebunden sind, bekommen nichts von den Höchstpreisbücklingen, sie müssen, wenn sie etwas Ähnliches haben wollen, zur Makrele greifen, die das Bier- bis Fünftfache kostet. Das beweist, daß Höchstpreise ihre Wirkung verfehlen, wenn die Abgabe der Höchstpreisware keine Regelung erfährt oder nicht in Massen auf den Markt geworfen wird, die die Nachfrage nach ihr befriedigen. Solange das nicht möglich ist, muß verlangt werden, daß Höchstpreiswaren nur auf Lebensmittelkarten, wie andere Lebensmittel auch, abgegeben werden. Geschieht das nicht, so bleiben einer Schicht Käufer die billigeren Lebensmittel, hier Bücklinge sicher, den anderen Schichten aber nur die teureren Makrelen und noch teureren Kalle. Wird man denn in der Berliner Verwaltung endlich aus den sich ihr immer wieder bietenden Erfahrungen lernen, wie Lebensmittel gerecht verteilt werden können?

Volksversicherung.

Zum Kriegsdienst Eingezogene müssen ihre Versicherungen aufrechterhalten,

wenn sie sich nicht ernstlich schädigen wollen. Das zeigt sich wieder an einem praktischen Falle. Der 20jährige Zigarrenarbeiter A. B. in Minden war zum Militär eingezogen worden. Er zahlte für die am 15. März 1916 bei der Volksfürsorge abgeschlossene Versicherung nach Tarif II, die ihm bei einer Halbmögensprämie von 1 Mk. spätestens nach 20 Jahren 400 Mk. Versicherungssumme garantierte, die Prämien weiter. Am 15. November erlitt er durch einen Sturz über eine Treppe einen doppelten Unterschenkelbruch und wurde, da bei ihm auch hochgradige Blutarmit festgeteilt wurde, am 21. Dezember vom Militär entlassen, im Lazarett in Minden aber weiterbehandelt, wo er am 4. Januar 1917

starb. Seiner Mutter wurden darauf, da der Vater auch im Felde steht, 396 Mk. bar ausgezahlt. Bei den eingezahlten Prämien im Betrage von 20 Mk. hat sich in diesem Falle die Versicherung als die günstigste Versorgungsmöglichkeit erwiesen.

Berichte aus Fachkreisen.

Dresden-Meißen. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung fand am 27. Februar im Gewerkschaftshaus Meissen statt. Kollege Hübsch sprach über: „Die Stilllegung der Betriebe in der Textilindustrie und die Entlohnung in der Papierverarbeitung“. Er ging zunächst auf die Lage der Textilindustrie seit Beginn des Krieges ein und führte die Tatsachen an, die zur teilweisen Stilllegung der Betriebe geführt haben. Durch das Fehlen der Rohstoffe sei dies zum größten Teil bedingt. Aber die Unternehmer suchten, um arbeiten lassen zu können, neue Rohstoffe als Ersatz der alten. Neben der Wesselfaser sei es das Papier, das immer mehr und mehr zur Verarbeitung komme. Wie die Wesselfaser, so sei auch das Papier bereits vor dem Kriege benützt worden, aber allzuweit sei die Verarbeitung desselben nicht über das Stadium des Versuches hinaus gekommen. Das sei aber jetzt anders geworden. Die Papierverarbeitung habe unter dem Druck der Verhältnisse einen ungeahnten Aufschwung genommen. Jetzt stehe schon heute, daß das Papier als Rohstoff der Textilindustrie auch nach Beendigung des Krieges eine große Rolle spielen werde. Aus dem Grunde sei es für die Arbeiter von allergrößtem Interesse, wie die Entlohnung in der Papierverarbeitung sei. Es dürfe, da die Entlohnung in dieser Branche eine ganz miserabile sei, nicht angenommen werden, daß dies nach dem Kriege besser werde, so daß es dringend nötig sei, daß die Arbeiter sich schon jetzt, und zwar mit aller Entschiedenheit, für eine angemessene Entlohnung einsetzen. Bei den verwickelten Verhältnissen könne ein entsprechender Verdienst aber nicht erreicht werden, indem man hohe Affordsätze verlange. Grundbedingung müsse sein, daß ein entsprechender Garantelohn gezahlt werde. Die Arbeiterkraft selbst aber müsse dafür sorgen, daß dies Ziel erreicht wird. Das könne nur dadurch möglich werden, daß sich alle dem Deutschen Textilarbeiterverbände anschließen. — Nach dem mit Beifall aufgenommenen Referat forderte Kollege Winckler die Arbeiter und Arbeiterinnen auf, die im Gange befindliche Sammlung der Lohnausweise energisch fortzusetzen, damit für den Verband die nötigen Unterlagen für ein Eintreten im Interesse der Arbeiterkraft beschafft werden könnten. Nur durch sie sei es möglich, den maßgebenden Stellen und der Öffentlichkeit die Unzulänglichkeit der Entlohnung der Textilarbeiter nachzuweisen. Die bisherige Arbeit sei von Erfolg gewesen und verspreche, weitergeführt, zugunsten der Arbeiterkraft auszufallen.

Meißen. Wie unbehaglich den Unternehmern zumute wird, wenn die Arbeiter energisch ans Werk gehen, um ihre Interessen zu vertreten und die dazu nötigen Vorarbeiten treffen, beweist das Vorgehen der Meißener Festschneiderei und Weberei, A.-G. Die dortige Arbeiterkraft sammelt gegenwärtig die Lohnzettel, um durch eine Statistik die Unzulänglichkeit der Löhne nachzuweisen. Da bekommt es die Firma mit der Angst zu tun! Das Ergebnis der Lohnstatistik steht zum Geschäftsbericht der A.-G. in keinem harmonischen Verhältnis! Das befürchtet man, und deshalb will die Firma die Lohnstatistik hintertreiben. Denn sie verbietet den Arbeitern, die Lohnzettel zu sammeln. Aber die Firma wird mit diesem Verbot keine Freude erleben! Die Verwaltung des Textilarbeiterverbandes wird Mittel und Wege finden, doch ihr Ziel zu erreichen. Und sie wird die Unterstützung der Arbeiter haben! Selbst Nichtorganisierte unterstützen unser Vorgehen, und die Lohnstatistik wird im Interesse der Arbeiter mit Erfolg beendet werden. Dann wird auch die Bahn für weitere Schritte frei sein. — Den Arbeitern der übrigen Textilbetriebe in unserem Bezirk aber raten wir, auch für ihre Betriebe die Lohnstatistik eifrig zu pflegen. Nur damit können wir den Beweis erbringen, in welcher Notlage sich die Textilarbeiter bei der gegenwärtigen Teuerung infolge des schlechten Verdienstes befinden.

Wüstegiersdorf. Die so mannigfaltig und dabei ungünstig gelagerten Verhältnisse der Textilarbeiterkraft erfordern oft sofortiges Eingreifen des Bezirksleiters des Textilarbeiterverbandes, Kollegen Friisch, einmal in dieser, dann in jener Ecke des Verbandsgebietes in Schlesien. So war es auch am Dienstag voriger Woche, wo wegen Verhinderung des Kollegen Friisch in letzter Stunde der Geschäftsführer Scholz-Langenbielau gerufen wurde und über das für die Versammlung beim Gastwirt Herrn Hannig angelegte Thema: „Die Textilarbeiterkraft und die Ausführenden für die im Hilfsdienst Beschäftigten“ in dreiviertelstündigen Ausführungen einschlägige Hinweise und Winke zu der jetzt so wichtigen Frage gab. Es war wohl dem kalten Winterwetter zuzuschreiben, daß sich nur rund 100 Textilarbeiter, meist Frauen, eingefunden hatten. — Recht eigentümlich mutete es an, daß gerade ein Unorganisierte bemängelte, daß der Gauleiter als besonders informierter Redner den Vortrag nicht selbst halten könne. Des weiteren besprach dieser Textilarbeiter die Verhältnisse in den Wüstegiersdorfer Betrieben, in Verbindung mit dem Schwierigkeiten, unter denen die Textilarbeiter leben müssen. Die Löhne reichten absolut nicht für eine genügende Ernährung aus. Die hiesigen Textilbetriebe fielen sicherlich alle unter den Hilfsdienst. Er forderte die Anwesenden auf, ihr Interesse bei den Arbeiterschauspielen so wahrzunehmen, daß sie in Zukunft besser gestellt sein würden. — Wir können den Textilarbeitern nur immer wieder verraten, daß nicht durch schöne Reden die Lage besser zu gestalten ist, sondern daß sich die Textilarbeiterkraft zu diesem Zweck mehr als vorher der Organisation widmen müssen. — Kollege Hermann ersuchte die Erschienenen, die wohl bereits sämtlich Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes waren, ihr alle Beschwerden über Mißstände und auch in der Ernährungsfrage zu melden, damit auf Abhilfe Bedacht genommen werden könne.

Briefkasten.

Da ein Brief mit Manuskript verloren gegangen ist, bitten wir alle, die in dieser Nummer ihre Einsendungen vermissen, sie zu wiederholen, besonders die fehlenden Todesmeldungen.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 18. März, ist der

11. Wochenbeitrag fällig.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Augsburg. Katharina Dehlinger, Spinnerin, 68 J., Schlaganfall.

Gera. Marie Geuer, Weberin, 51 J., Magenkrebs. Hermann Schmidt, Weber, 75 J., Altersschwäche.

Greiz. Gottlieb Meißel, Drucker, Döläu, 69 J., Wassersucht.

Hof. Johann Karl Schöberlein, 46 J., Lungenerkrankung.

Saals b. Aachen. Jakob Erbers, Tuchweber, 60 J., Schwindelsucht.

Ehre ihrem Andenken!

Redaktionsluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 17. März.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit * versehenen Artikel Hermann Hübsch, für alles andere Paul Bagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Esmilich in Berlin.